

# Was tun gegen männlichen Überreichtum?

## Oder: Die Bedeutung der Geschlechterverhältnisse im Rahmen von Vermögenskonzentration

Katharina Mader

Wir wissen zwar noch immer nicht bis ins kleinste Detail, aber zumindest annähernd, wie viel der Kollege im Nachbarbüro mehr verdient als Frau selbst. Von vollständiger Lohntransparenz sind wir noch immer weit entfernt, aber wenn wir die aggregierte Ebene betrachten, sind es in Österreich laut Eurostat-Berechnungen im Schnitt 18,9% (Eurostat 2022). Und nachdem es diese Berechnungen schon seit über 15 Jahren gibt, können wir Zeitvergleiche ziehen, und sehen, dass sich dieser so genannte Gender Pay Gap nur sehr langsam – um ca. 0,2–0,4 Prozentpunkte pro Jahr – verkleinert. Gerade um den Equal Pay Day und den 8. März herum sind die *Einkommensunterschiede* zwischen Männern und Frauen daher ein viel diskutiertes Thema.

Wie viel *Vermögen* der besagte Kollege mehr hat als ich, das konnten wir jahrelang gar nicht beantworten. Wie viel Vermögen die Ehefrau des besagten Kollegen, die mit ihm im gleichen Haushalt lebt, weniger hat als er, das war noch länger unbeantwortbar. Die Vermögensunterschiede zwischen den Geschlechtern erfahren bislang also noch deutlich weniger Aufmerksamkeit als die Einkommensunterschiede und das trotz einer weit auseinanderklaffenden Schere. Ein wesentlicher Grund dafür war in Österreich zunächst die Nicht-Existenz von Vermögensdaten und in weiterer Folge die unzureichende Verfügbarkeit von Individualdaten zum Vermögen.

Wie ich in weiterer Folge aber noch zeigen werde, ist das Vermögen zwischen Männern und Frauen aber noch ungleicher verteilter als das Einkommen. Und gleichzeitig ist gerade Vermögen ein wichtiger Indikator für den Wohlstand eines Haushalts und eines Individuums. Und, die Unterschiede im Vermögen beeinflussen nicht nur die finanzielle Absicherung, sondern vor allem auch die gesellschaftliche und politische Teilhabe von Frauen und Männern.

Vermögen ist ein umfassenderes Maß für den ökonomischen Wohlstand einer Person als Einkommen, da es alle der Person zur Verfügung stehenden ökonomischen Ressourcen enthält (Chang 2010). Die Bedeutung von Vermögen kann dabei vielschichtig sein: Es kann für Wohnsitzigentümer:innen einen Gebrauchswert – als Zuhause – darstellen oder eine Quelle für Mieteinkünfte sein und für Besitzer:innen von Finanzvermögen durch Zinseinkünfte weiteres (Kapital-) Einkommen liefern. Darüber hinaus bedingt Vermögen sozialen Status und Macht (Wolff 1998; Deere/Doss 2006).

Im Gegensatz zum laufenden Einkommen dient Vermögen zudem als Sicherheitsnetz in finanziellen Notlagen, beispielsweise bei Arbeitslosigkeit oder bei gesundheitlichen Problemen, wenn das öffentliche Sozialsystem nicht alle Kosten deckt. Weiters spielen im Zusammenhang mit einer steigenden Lebenserwartung und zunehmender Risikoindividualisierung Finanzanlagen zur privaten Altersvorsorge eine immer größere Rolle.

Da Frauen häufiger über weniger finanzielle Ressourcen – was sowohl Einkommen als auch Vermögen betrifft – verfügen, stellen Einkommensausfälle und plötzliche hohe

Ausgaben für sie eine große Belastung dar. Im Vergleich zu Männern können sie in diesen Situationen weniger leicht und auf weniger Reserven zurückgreifen. Auch wenn sich also die Einkommenslücke zwischen Männern und Frauen vollständig schließen sollte, zeichnet das ein zu optimistisches Bild der ökonomischen Ungleichheit zwischen den Geschlechtern, da Vermögen nicht mitberücksichtigt wird (Chang 2010).

Damit ist der Gender Wealth Gap eine zentrale Dimension der Geschlechterungleichheit und in der Frage, was gegen Vermögenskonzentration getan werden muss und kann, äußerst wichtig. Dieser Text soll daher den Blick für die Geschlechterunterschiede in der Vermögensverteilung (Gender Wealth Gap) schärfen, zeigen, wie Geschlecht und Vermögensverteilung zusammenhängen und Veränderungsmöglichkeiten des männlichen Überreichtums aufzeigen.

### **Ist der Gender Wealth Gap ein Mythos? Oder: Warum haben Frauen weniger Vermögen als Männer?**

Die internationale, theoretische und seit einigen Jahren auch die empirische Literatur zeigt, dass verschiedene Faktoren dafür verantwortlich sind, dass Frauen weniger Vermögen als Männer besitzen. Vermögen wird einerseits durch Ersparnisse aus Erwerbs- und Kapitaleinkommen akkumuliert und andererseits durch Vermögenstransfers bei Erbschaften, Schenkungen und Scheidungen erhalten. Deere und Doss (2006) nennen drei Kategorien die den Aufbau von Vermögensbeständen von Frauen wesentlich (negativ) beeinflussen: (i) gesetzliche Rahmenbedingungen, (ii) familiäre und gesellschaftliche Normen und (iii) Märkte.

Durch Codes und Gesetze wie Eigentums- und Familienrecht werden die Rahmenbedingungen für die Anhäufung, Kontrolle und Übertragung von Eigentum geschaffen. Häufig finden sich deutliche Unterschiede zwischen formalen, rechtlichen Normen und der tatsächlichen Praxis, die deutlich machen, dass die Analyse von Geschlecht und Reichtum auch in familiäre und gesellschaftliche Normen eingebettet sein muss. Dabei ist die Frage leitend, wie soziale Normen mit rechtlichen Rahmenbedingungen interagieren, um die Vermögensbildung von Frauen zu beeinflussen. Wichtig ist es hierbei auch Märkte, wie z.B. den Arbeitsmarkt, mitzubetrachten.

Die Forschungen, die ich selbst mit Kolleginnen und diese in weiterer Folge auch in anderen Konstellationen gemacht haben (Schneebaum et al. 2014; Mader/Hollan 2017; Schneebaum et al. 2018; Groß et al. 2018; Rehm et al. 2022) deuten darauf hin, dass gerade in Österreich familiäre und gesellschaftliche Normen eine zentrale Rolle spielen, ebenso wie die Organisation des Arbeitsmarktes. So prägen konservative und traditionelle Wertvorstellungen weiterhin Familien- und Mütterbilder. Immer noch – und gerade während der Covid-19 Pandemie – übernehmen vorwiegend Frauen unbezahlte Betreuungs- und Hausarbeit (Derndorfer et al. 2021; Haim et al. 2021); dies wird insbesondere sichtbar, wenn sich ein Paar entschließt, Kinder zu bekommen (Mader/Reiff 2021). Die damit einhergehenden Einkommensverluste (im Erwerbs- und Kapitaleinkommen) können im Normalfall nur schwer wieder aufgeholt werden, wie die internationale Literatur bestätigt (Chang 2010). In Österreich ist der ökonomische Nachteil für Frauen, der durch die Zuschreibung und Ausübung unbezahlter Betreu-

ungsarbeit entsteht, bisher nicht beseitigt worden und hat schwerwiegende Auswirkungen für den Vermögensaufbau.

Damit einhergehend verhindert die Situation von Frauen am Arbeitsmarkt eine Gleichstellung hinsichtlich ihrer Vermögensbestände: Jede zweite Frau ist in Österreich teilzeitbeschäftigt, ebenso wie  $\frac{3}{4}$  aller Mütter von Kindern unter 15 Jahre. Gleichzeitig stellen Frauen den überwiegenden Anteil der Einkommensbezieher:innen in den untersten Dezilen der Einkommensverteilung dar (Mader/Reiff 2021). Dadurch haben sie insgesamt ein niedrigeres verfügbares Einkommen und können weniger Ersparnisse bzw. Vermögen akkumulieren.

Abgesehen von den direkten Auswirkungen geringerer Einkünfte für Frauen auf ihr Vermögen, gibt es darüber hinaus auch indirekte Mechanismen. Chang (2010) fasst die finanziellen Vorteile, die manchen dabei helfen, Einkommen schneller in Vermögen umzuwandeln als anderen, im Begriff des „wealth escalator“ zusammen. Damit ist das Zusammenwirken von Lohnzulagen bzw. besonderen Sozialleistungen, steuerlichen Begünstigungen mancher Einkommensarten und die Gestaltung der Anspruchsvoraussetzungen für staatliche Leistungen gemeint, die zu einem höheren Vermögen führen können. Diese stehen allerdings z.B. nur Vollzeitbeschäftigten zur Verfügung oder begünstigen jene, die sich in einem durchgehenden Anstellungsverhältnis befinden. Da gerade Mutterschaft und unbezahlte Care- und Betreuungsarbeit zu Unterbrechungen im beruflichen Leben von Frauen führen können und sie danach vermehrt einer Teilzeitarbeit nachgehen, wird für sie der Zugang zum „wealth escalator“ eingeschränkt oder womöglich ganz verwehrt.

Der Umstand, dass Frauen der Zugang zum bzw. das Vorankommen auf dem „wealth escalator“ durch die genannten ökonomischen und institutionellen Rahmenbedingungen erschwert wird, macht die Notwendigkeit einer geschlechterspezifischen Untersuchung der Vermögenssituation deutlich. Da weiters nicht davon ausgegangen werden kann, dass bei Paaren, die in einem Haushalt zusammenleben, beide Partner:innen die gleichen Zugriffsrechte auf Vermögen haben (Mader et al. 2012; Rehm et al. 2022), müssen politische Maßnahmen auch hinsichtlich ihres Einflusses auf die Vermögenssituation beider Geschlechter untersucht werden.

Häufig wird die durchaus umstrittene Annahme (Nelson 2014) einer höheren Risikoaversion von Frauen ins Feld geführt, um ihre niedrigeren Vermögenswerte zu erklären. In einer Studie von Neelakantan und Chang (2010) wird diese Annahme untersucht, indem sie die Auswirkungen der Risikopräferenz auf die Höhe des individuellen Pensionsvermögens in den USA analysieren. Die Ergebnisse dieser Untersuchung zeigen – in Bezug auf das Pensionsvermögen –, dass auch im Fall gleicher Risikopräferenzen ein Vermögensunterschied zwischen Männern und Frauen weiter bestehen bliebe. Ein möglicher Unterschied in den Risikopräferenzen reicht also nicht aus, um den Vermögensunterschied zu erklären (Neelakantan/Chang 2010).

Für Österreich, wo Vermögen ganz wesentlich vererbt wird, zeigen Schürz und Fessler (2013), dass Haushalte im obersten Nettovermögensdezil mit 70 % den größten Anteil der Erbenhaushalte aufweisen und gleichzeitig die Medianerbschaftswerte der Erbenhaushalte im obersten Dezil am höchsten sind. In Zusammenhang mit dem Ergebnis, dass Frauen im obersten Dezil der Vermögensverteilung unterrepräsentiert sind, deutet dies darauf hin, dass ihnen niedrigere oder weniger Erbschaften zukommen. Dies bildet also einen weiteren wesentlichen Faktor für die geringeren Vermögen von Frau-

en. Trotz der scheinbar nicht vorhandenen Benachteiligungen im Erbschaftsrecht, zeigen sich jedenfalls auch bei Haushalten, die erben, geschlechtsspezifische Unterschiede. Schneebaum et al. (2014) finden dabei Hinweise, dass gerade das Vererben von (landwirtschaftlichen) Betrieben zu höheren Erbschaften von Männern führt. Denn im österreichischen Erbschaftsrecht gibt es Ausnahmen dafür, dass Vermögen nicht zu gleichen Teilen an die Kinder vererbt werden muss, etwa, wenn dadurch der (landwirtschaftliche) Betrieb in finanzielle Schwierigkeiten geraten würde. Dies (in Kombination mit den wertekonservativen Einstellungen) führt in weiterer Folge in Österreich dazu, dass (landwirtschaftliche) Betriebe eher an die Söhne als an die Töchter vererbt werden.

Schneebaum et al. (2018) zeigen hierzu außerdem, dass, auch wenn für Erbschaften kontrolliert wird, ein signifikanter Gender Wealth Gap bestehen bleibt, wobei dieser in fast allen Ländern auch deutlich ansteigt – in Deutschland z.B. auf fast 90%, in der Slowakei auf ca. 70% und in Österreich auf über 100%. Männer scheinen also auch im Ländervergleich deutlich mehr Vermögen zu erben als Frauen (vgl. dazu auch Edlund/Kopczuk 2009).

### **Hoher Gender Wealth Gap am oberen Rand der Verteilung. Oder: Ist das Top 1% männlich?**

Für Österreich zeigen Schneebaum et al. (2014) anhand der Daten aus dem Household Finance and Consumption Survey 2010, dass weibliche Single-Haushalte im Durchschnitt 40% weniger Nettovermögen besitzen als männliche Single-Haushalte. Die Verteilung von Vermögen zwischen weiblichen und männlichen Single-Haushalten ist dabei über weite Teile der Bevölkerung sehr ähnlich, etwa zwischen dem 7. und 70. Perzentil. In den Perzentilen 70 bis 100 hingegen besitzen Männer deutlich mehr Nettovermögen als Frauen, dabei wird der Unterschied insbesondere im oberste Dezil schlagend wird: Bei männlichen Single-Haushalten beträgt das Nettovermögen an der Grenze zu den obersten 10% etwa 390.000€, bei weiblichen Single-Haushalten etwa 270.000€.

Mit der zweiten Welle (2014) des HFCS für Österreich standen erstmals Vermögensdaten auf der Personenebene und nicht mehr nur auf der Haushaltsebene zur Verfügung. Auf Basis dieser Daten ermittelten Groß et al. (2018), dass bei Paarhaushalten extreme Vermögensunterschiede vor allem innerhalb der reichsten Haushalte – dem Top 1% – auftreten. Diese Gruppe besitzt einen Gutteil des Gesamtvermögens von Paarhaushalten, doch von diesem Vermögen im Top 1% besitzen die Frauen nur ein Viertel, während die Männer ganze drei Viertel für sich beanspruchen können. Insgesamt beträgt die durchschnittliche geschlechtsspezifische Vermögenslücke in allen Paarhaushalten anhand des HFCS 2014 28%: Frauen besitzen demnach im Durchschnitt um 28% weniger Vermögen als ihre Männer, die Lücke ist somit deutlich größer als jene bei den Einkommen.

Während die Superreichen in den Erhebungsdaten des HFCS aber fehlen, finden sich in der jährlich erscheinenden Liste der 100 reichsten Österreicher:innen des „trend“-Magazins kaum Frauen unter den Milliardär:innen und Multimillionär:innen. Und die wenigen Frauen, die sich in der Liste finden, stehen dort meist entweder „mit Sohn“ oder „mit Familie“. Daraus lässt sich ableiten, wer die Superreichen in Österreich sind:

nämlich mehrheitlich Männer. Die reichsten Frauen halten auch hier deutlich weniger Ressourcen als die reichsten Männer.

Diese Ergebnisse für Österreich decken sich mit den Befunden der internationalen Literatur, wonach der Unterschied von der Lücke am oberen Ende der Vermögensverteilung herrührt (Ravazzini/Chesters 2018; Meriküll et al. 2021). So zeigen beispielsweise Meriküll et al. (2021) in ihren Arbeiten zu Estland anhand von administrativen Daten zum Vermögen, die mit der estnischen Haushaltsfinanz- und Konsumerhebung verknüpft sind, dass der geschlechtsspezifische Unterschied beim durchschnittlichen Vermögen 45 % beträgt, aber der Unterschied hauptsächlich vom oberen Rand der Verteilung stammt, während die geschlechtsspezifischen Vermögensunterschiede in den meisten unteren Vermögensquintile unbedeutend sind. Die Unterschiede fallen dabei vor allem für verheiratete Paare stark zugunsten der Männer. Außerdem lassen sich die Vermögensunterschiede in der Spitze der Verteilung in Estland durch größere Unternehmensvermögen von Männern erklären.

### **Besitzen Männer, die Unternehmen besitzen, auch die höheren Vermögen?**

Meriküll et al. (2021) erklären den Gender Wealth Gap auch darüber, dass Männer über mehr Betriebsvermögen verfügen als Frauen, insbesondere am oberen Rand der Verteilung. Auch für Österreich ist relativ eindeutig, dass besonders bei den Haushalten am oberen Rand der Verteilung das Vermögen zu einem großen Teil aus Unternehmensvermögen besteht. Daraus kann wiederum wirtschaftliche und politische Macht generiert werden. Es ist daher naheliegend, dass auch diese Machtkomponente ungleich zwischen den Geschlechtern verteilt ist.

Es gibt bislang für Österreich aber wenige Daten und Studien zur Eigentümer:innenstruktur von Unternehmen nach Geschlecht, obgleich Unternehmensbeteiligungen für private Haushalte in Österreich ein wichtiger Bestandteil des Geldvermögens sind. Aruqaj et al. (2020) zeigen, dass sie im Jahr 2019 knapp 20 % (144 Mrd.€) des Geldvermögens ausmachten, wobei vor allem Beteiligungen an Gesellschaften mit beschränkter Haftung (GmbHs) wesentlich sind. So wurden im Jahr 2019 in Österreich etwa 198.000 Beteiligungen erfasst, welche sich auf etwa 116.000 GmbHs verteilen. Ein Viertel der Beteiligungen österreichischer GmbHs wird von Frauen gehalten, drei Viertel entfallen auf Männer. Darüber hinaus gab es über den Zeitverlauf einen prozentualen Rückgang von 2,6 Prozentpunkten bei Beteiligungen von Frauen (2006: 25,3 %; 2019: 22,7 %). Der Anteil beim Alleineigentum von Frauen blieb über den Zeitverlauf zwar relativ konstant, aber auf einem äußerst geringen Niveau (2006: 3 %, 2019: 4 %). Im Unterschied dazu stiegen die Beteiligungen von Männern von 75 % im Jahr 2006 auf 77 % im Jahr 2019, auch das Alleineigentum gewann über die Zeit bei Männern deutlich an Bedeutung (2006: 17 %, 2019: 24 %).

Im Jahr 2019 ließen sich mehr als 50 % aller GmbH-Beteiligungen auf drei – typischerweise männerdominierte – Branchen zurückführen: Hierbei handelt es sich um die Branchen „Erbringung von freiberuflichen und technischen Dienstleistungen“ (21,5 %), „Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen“ (18,6 %) und „Grundstücks- und Wohnungswesen“ (12,8 %).

Über die letzten 14 Jahre hinweg hat sich die Altersstruktur jener Personen, die an GmbHs beteiligt sind, deutlich verschoben. 2006 wurden noch rund 38 % aller Beteiligungen von über 50-jährigen Männern und Frauen gehalten, 2019 lag der entsprechende Anteil bei 52 %. In Österreich besitzen also vor allem ältere Männer große Teile des Unternehmenseigentums.

Obwohl es keine explizit geschlechtsspezifischen Benachteiligungen im österreichischen Erbschafts- und Scheidungsrecht gibt bzw. geben sollte, bleibt die Vermögensschere gerade auch beim Unternehmenseigentum zwischen Frauen und Männern bestehen. Schneebaum et al. (2014) zeigen beispielsweise, dass weibliche Single-Haushalte zwar etwas öfter erben als männliche Single-Haushalte, dabei fallen ihre Erbschaften aber um fast die Hälfte niedriger aus als bei männlichen Single-Haushalten. Grundsätzlich stehen in Österreich einer Vielzahl an kleinen Immobilienerbschaften nur wenige große gegenüber, was sich auch darin zeigt, dass nur 10 % der Erbenhaushalte ca. 40 % des gesamten Erbschaftsvolumens auf sich vereinen (Fessler et al. 2010). In der Untersuchung verschiedener, europäischer Länder von Schneebaum et al. (2018) bestätigt sich, dass Erbschaften ein Schlüsselfaktor bei der Erklärung von Vermögensunterschieden zwischen Männern und Frauen sind (Bowles/Gintis 2002; Piketty et al. 2014), zählen doch in allen untersuchten Ländern verwitwete Haushalte zu den eher vermögenden Haushalten. Dies resultiert auch daraus, dass in allen acht untersuchten Ländern die rechtlichen Rahmenbedingungen die Partner:innen der Verstorbenen schützen und favorisieren. Im Unterschied dazu wird im Falle einer Scheidung in allen acht Ländern normalerweise nur das Vermögen zwischen den Partner:innen aufgeteilt, welches während der Partner:innenschaft gemeinsam erworben wurde. Vermögen, das vor einer Ehe erwirtschaftet wurde, wird nicht aufgeteilt. Folglich sind die Effekte von Scheidungen auf den Gender Wealth Gap deutlich geringer als die Effekte von Erbschaften (vgl. dazu auch Yamokoski/Keister 2006; Sierminska et al. 2010).

## Wie ist Vermögen in aufrechten Paarbeziehungen verteilt?

Rehm et al. (2022) finden Belege dafür, dass in Österreich das geschlechtsspezifische Vermögensgefälle innerhalb eines Haushalts positiv mit dem Vermögen des Haushalts korreliert: Je mehr Vermögen vorhanden ist, desto wahrscheinlicher ist es, dass ein größerer Vermögensunterschied zwischen Mann und Frau in ebendiesem Haushalt zu beobachten ist. Länderübergreifende Vergleiche zeigen aber auch, dass ein getrenntes Eigentumsregime innerhalb eines Haushalts im Vergleich zu einem gemeinschaftlichen Eigentumsregime mit einem größeren geschlechtsspezifischen Vermögensgefälle innerhalb des Haushalts verbunden ist (Deere/Doss 2006).

Frémeaux und Leturcq (2022) bestätigen für Frankreich, dass verheiratete Paare mehr Vermögen besitzen als Paare, die nur miteinander zusammenleben. Frankreich ist hierbei ein spannendes Beispiel, da sich Ehepaare aussuchen können, ob sie einen gemeinschaftlichen oder getrennten Güterstand leben wollen. Ehepaare mit getrenntem Güterstand erweisen sich als die reichsten Paare. Aber der Anteil der Partnerin am Haushaltsvermögen unter den Ehepaaren mit getrenntem Güterstand ist am niedrigsten, das geschlechtsspezifische Vermögensgefälle also am größten. Im Zeitvergleich zeigt sich

hier allerdings eine Dynamik in Richtung steigendem Anteil der Partnerin am Haushaltsvermögen, vor allem in jenen Haushalten, in denen die Frau ursprünglich deutlich ärmer war.

Grabka et al. (2015) zeigen für Deutschland, dass das innerpartnerschaftliche Vermögensgefälle am größten ist, wenn der Mann finanzielle Entscheidungen trifft, und am geringsten, wenn die Frau das letzte Wort hat. Groß et al. (2018) belegen für Österreich, dass bei 14% aller Paarhaushalte der Mann mehr Entscheidungsmacht und gleichzeitig auch erheblich mehr Vermögen als die Partnerin hat. Der Vermögensunterschied beträgt dann 451.000 €. Verfügt die Frau über mehr Entscheidungsmacht, hält sie auch mehr Vermögen als der Partner, im Durchschnitt rund 90.000 € mehr.

Das Geschlecht ist grundsätzlich eine wesentliche Kategorie, wenn es um die Entscheidungsmacht und Entscheidungsfindung in Paarhaushalten geht (Mader/Schneebaum 2013). Die ökonomische Macht sowie die Verhandlungsmacht werden also zentral von Geschlechterrollen und sozialen Normen bestimmt. Im Zusammenhang mit Vermögen formulieren Rehm et al. (2022), dass unklar bleibt, ob die Unterschiede in der Verhandlungsmacht eine Ursache oder eine Folge des geschlechtsspezifischen Vermögensgefälles innerhalb der Haushalte sind. Ihre Ergebnisse weisen jedoch drauf hin, dass ein (wesentlich) höheres Alter von Frauen oder mehr Finanzwissen sowie – bis zu einem gewissen Grad – eine höhere Bildung von Frauen mit geringeren Vermögensunterschieden innerhalb der Haushalte verbunden sind. Sie folgern, dass Politiken zur Herstellung von Geschlechtergerechtigkeit auch darauf abzielen müssten, die Entscheidungs- und Verhandlungsmacht von Frauen in ihren eigenen Haushalten zu stärken. Dafür müssen zunächst die geschlechtsspezifischen Ungleichheiten bei Entlohnung, Beschäftigung und Arbeitszeiten angegangen werden, da sich Einkommensungleichheit schließlich in Vermögensungleichheit niederschlägt.

### **Exkurs: Wie Initiativen Geschlechtergerechtigkeit, unbezahlte Arbeit von Frauen und Vermögensbesteuerung gemeinsam denken**

Exemplarisch soll anhand zweier Beispiele politische Initiativen aufgezeigt werden, die versuchen sowohl die Vermögensbesteuerung als auch die unbezahlte Care-Arbeit von Frauen zu verändern:

In Österreich wurde von der Initiative „Fair Wirtschaften!“ (vormals: Mehr für Care!) ein feministisches Gegenprogramm zur Krisenpolitik der Regierung erarbeitet. Das Paket im Ausmaß von 12 Milliarden Euro besteht aus 3 Teilen: einem Zukunfts- & Bildungspaket im Ausmaß von 5 Milliarden Euro, einem Pflegepaket im Ausmaß von 4 Milliarden Euro sowie einem Solidaritäts- & Lebensrettungspaket im Ausmaß von 3 Milliarden Euro. Da „Care“-Investitionen, also Investitionen in Kinderbetreuung, Bildung, Pflege oder Gesundheit, laut Studien doppelt so viele Arbeitsplätze, wie Investitionen in „Beton“ schaffen, wird davon ausgegangen, dass dieses Paket auch die Wirtschaft beleben würde: „die Hälfte des vorgeschlagenen Paketes schafft 165.000 bis 180.000 neue Jobs“. Aufgrund des hohen Anteils von Löhnen und Gehältern sind zudem positive volkswirtschaftliche Nachfrage-Effekte dieser Investitionen zu erwarten. Finanziert werden soll das Paket durch „Maßnahmen zur Steuergerechtigkeit“, wobei vor-

geschlagen wird den Anteil der vermögensbezogenen Steuern am BIP auf den OECD-Durchschnitt zu erhöhen, ebenso wie eine progressive Besteuerung von Unternehmensgewinnen einzuführen. Die Initiative zeigt, dass „ein Mehr an Investitionen möglich“ und notwendig ist und dass ein feministisches Konjunkturpaket, das einen Weg in eine gute Zukunft für alle aufzeigen soll, jedenfalls vermögensbezogene und Erbschaftsteuern beinhaltet.<sup>1</sup>

Im internationalen Kontext sind die Arbeiten von Oxfam leitend, wenn es darum geht, die unbezahlte Care-Arbeit von Frauen zu benennen und zu beziffern: Würde die gesamte unbezahlte Care-Arbeit von Frauen auf der ganzen Welt von einem einzigen Unternehmen durchgeführt würde, hätte dieses einen Jahresumsatz von 10 Billionen US-Dollar. Nachdem unsere Volkswirtschaften auf Millionen von Stunden unbezahlter Arbeit, die jeden Tag vorwiegend von Frauen geleistet werden, basieren, ist es wichtig zu sehen, dass diese Arbeiten Zeitressourcen von Frauen bindet, Oxfam nennt es „stiehlt“.

Die Zuständigkeit für unbezahlte Care-Arbeit trägt weltweit zu schlechterer Gesundheit von Frauen bei und verhindert, dass diese Bildungs-, politische und wirtschaftliche Möglichkeiten nutzen. Gerade arme Frauen (im globalen Süden) tragen die höchste Last unbezahlter Arbeit. Insofern argumentiert Oxfam dafür weltweit Maßnahmen in zumindest drei Bereichen zu setzen: Es bedarf universeller und kostenloser Gesundheitsversorgung, Bildung sowie andere öffentliche Dienste, die gerade Frauen und Mädchen zugutekommen und sie von unbezahlter Care-Arbeit entlasten. Damit würden die Millionen unbezahlter Stunden verringert werden und für Frauen Zeit geschaffen werden. Im Idealfall wird damit die Entlastung von unbezahlter Arbeit auch zu einem Hauptziel der Staatsausgaben. Dafür braucht es Investitionen in die öffentliche Daseinsvorsorge und öffentliche soziale Dienstleistungen wie Wasser, Strom und Kinderbetreuung und Pflege. Dafür braucht es aber auch eine gerechtere Besteuerung von Vermögen und Kapital: „Beenden Sie die Unterbesteuerung reicher Privatpersonen und Unternehmen. Steuervermeidung und -hinterziehung durch Unternehmen und Superreiche müsste gestoppt werden und eine Reihe neuer globaler Regeln und Institutionen eingeführt werden, um das Steuersystem grundlegend neu zu gestalten, damit es gerecht wird und Frauen einen „gleichberechtigten Sitz am Tisch haben.“<sup>2</sup>

## Was also tun gegen männlichen Überreichtum?

Der Gender Wealth Gap ist Ausdruck ungleicher gesellschaftlicher Rollen, Normen und Strukturen ebenso wie von Diskriminierung. Die Vermögensakkumulation geschieht entweder durch Ansparen von Einkommen oder – gerade bei großen Vermögen – durch Vermögenstransfers. Gerade für ersteres haben Frauen aufgrund des Gender Pay Gaps und der ihnen zugeschriebenen unbezahlten Care- und Betreuungsaufgaben im Schnitt weniger Einkommen zur Verfügung. Generell ist jedoch der Zusammenhang zwischen Einkommen und Vermögen, insbesondere bei den Gruppen mit höheren Vermögen, in Österreich sehr schwach ausgeprägt. Dennoch würden politische Anstrengungen zur Umverteilung unbezahlter Arbeit zwischen den Geschlechtern und zur Verringerung des Gender Pay Gaps positive Auswirkungen auf den Gender Wealth Gap haben.

Gleichstellungspolitik als Querschnittsmaterie zu sehen, die nicht als Luxusproblem abgetan wird und daher auch durchgehend und in Krisenzeiten zum Einsatz kommt, kann wesentlich dazu beitragen, dass der Gender Pay Gap sowie der Gender Care Gap, der den zeitlichen Unterschied misst, den Frauen und Männer auf unbezahlte Arbeit aufwenden (in Österreich liegt der Gender Care Gap bei überaus hohen 55 %), verringert wird. Damit verringert sich perspektivisch auch der Gender Wealth Gap.

Nachdem Erbschaften wesentlich für die Erklärung von Vermögensunterschieden sind (Schürz/Fessler 2013; Leitner 2015) und Männer deutlich mehr Vermögen erben als Frauen (vgl. Edlund/Kopczuk 2009), kommt Fragen der Besteuerung eine zentrale Rolle bei der Reduktion von Geschlechterungleichheiten im Bereich der Vermögen zu. Gerade in Österreich werden im Vergleich zu anderen europäischen Ländern Vermögen und Erbschaften kaum bzw. gar nicht besteuert. Die Politik müsste hier ansetzen – auch in dem Bewusstsein, dass eine gerechtere Vermögensverteilung (z.B. über die Besteuerung von Vermögen) der Benachteiligung von Frauen entgegenwirken kann.

Ebenso könnte eine Grunderbschaft für alle Menschen, wie sie u.a. Piketty (2020) vorschlägt, Geschlechterungleichheiten verkleinern. Derartige Besteuerung würden auch das Instrument des Gender Budgetings, das seit 2009 in Österreich auf Verfassungsebene festgeschrieben ist, ernst nehmen. Gender Budgeting bedeutet im Wesentlichen die Berücksichtigung der Geschlechterperspektive bei der Gestaltung öffentlicher Budgets. Die unterschiedlichen Lebenssituationen von Frauen und Männern sollen in budgetpolitische Entscheidungen integriert und öffentliche Gelder im Sinne einer Förderung von Gleichstellung eingesetzt werden. Österreich gilt hierbei gemeinhin als Vorzeigeland, da es die Verpflichtung zum Gender Budgeting auf Verfassungsrang festgeschrieben hat. Zurzeit ist Gender Budgeting in Österreich jedoch nicht viel mehr als ein Schlagwort, de facto eine inhaltsleere und zahnlose Strategie (Mader 2015).

Mit explizitem Blick auf die Frage des männlichen Überreichtums würden zudem Vermögensobergrenzen für die Allerreichsten, wie jüngst von Marterbauer und Schürz (2022) vorgeschlagen, in erster Linie Männer betreffen und damit Geschlechtergerechtigkeit forcieren. Will man die mit Überreichtum verbundene politische Macht beschneiden, so brauche es eine Obergrenze für Vermögen, der Vorschlag von Marterbauer und Schürz liegt hier bei einer Milliarde Euro. Gemeinsam mit einer Vermögens-, Erbschafts- und Schenkungssteuer könnten das überschießende Geld wesentlich in den Ausbau des Sozialstaates, die Pflege, die Bildung oder die Wohnungspolitik investiert werden (Marterbauer/Schürz 2022).

Es ist wichtig, die Errungenschaften unseres Wohlfahrtsstaates, wie etwa die öffentliche Wohnpolitik oder die erste – öffentliche – Säule unseres Pensionssystems, nicht erodieren zu lassen, sondern auszubauen, da auch diese dazu beitragen können, die Vermögensunterschiede auszugleichen. Insbesondere der öffentliche Wohnbau und soziale Wohnbaupolitiken haben einen großen Effekt auf individuelles Vermögen und könnten den Gender Wealth Gap potentiell verringern. Ein ähnlicher Effekt ist über die erste Säule des Pensionssystems zu erwarten.

Insgesamt bleibt es weiterhin von zentraler Bedeutung, die unterschiedlichen Auswirkungen für Frauen und Männer von Politiken, die Vermögen betreffen, zu analysieren und immer wieder sichtbar zu machen und bei zukünftigen politischen Maßnahmen zu berücksichtigen.

## Anmerkungen

- 1 siehe [https://www.attac.at/fileadmin/user\\_upload/bilder/kampagnen/Corona/Mehr\\_fuer\\_care\\_online.pdf](https://www.attac.at/fileadmin/user_upload/bilder/kampagnen/Corona/Mehr_fuer_care_online.pdf)
- 2 siehe <https://oxfamlibrary.openrepository.com/bitstream/handle/10546/620599/bp-public-good-or-private-wealth-210119-en.pdf?sequence=23>

## Literatur

- Aruqaj, Erza/Codagnone, Roberto/Wiesinger, Stefan (2020): Österreichische GmbHs – eine soziodemografische Analyse. [https://www.oenb.at/dam/jcr:e366d881-2288-4765-bc19-43dd8eccecae/07\\_Statistiken\\_2020-Q4\\_Oesterreichische-GmbHs.pdf](https://www.oenb.at/dam/jcr:e366d881-2288-4765-bc19-43dd8eccecae/07_Statistiken_2020-Q4_Oesterreichische-GmbHs.pdf), 1.12.2022.
- Bowles, Samuel/Gintis Herbert (2002): The Inheritance of Inequality. In: *Journal of Economic Perspectives* 16, 3–30.
- Chang, Mariko Lin (2010): *Shortchanged: Why women have less wealth and what can be done about it*. New York: Oxford University Press.
- Deere, Carmen D./Doss, Cheryl R. (2006): The Gender Asset Gap. What do we know and why does it matter? In: *Feminist Economics* 12 (1-2), 1–50.
- Derndorfer, Judith/Disslbacher, Franziska/Lechinger, Vanessa/Mader, Katharina/Six, Eva (2021): Home, sweet home? The impact of working from home on the division of unpaid work during the COVID-19 lockdown. In: *PLOS ONE* 16 (11): e0259580.
- Edlund, Lena/Kopczuk, Wojciech (2009): Women, wealth, and mobility. In: *American Economic Review* 99 (1), 146–178.
- Eurostat (2022): Gender pay gap statistics. [https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php?title=Gender\\_pay\\_gap\\_statistics](https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php?title=Gender_pay_gap_statistics), 1.12.2022.
- Fessler, Pirmin/Mooslechner, Peter/Schürz, Martin (2010): Immobilienerbschaften in Österreich. In: *Geldpolitik und Wirtschaft* Q2/2010, 34–55.
- Frémeaux, Nicolas/Leturcq, Marion (2022): Wealth Accumulation and the Gender Wealth Gap Across Couples' Legal Statuses and Matrimonial Property Regimes in France. In: *European Journal of Population* 38, 643–679.
- Grabka, Markus/Marcus, Jan/Sierminska, Eva M (2015): Wealth distribution within couples. In: *Review of the Economics of the Household* 13 (2), 459–486.
- Groiß, Julia/Schneebaum, Alyssa/Schuster, Barbara (2018): Vermögensverteilung nach Geschlecht in Österreich: Eine Analyse auf der Personenebene. In: *Wirtschaft und Gesellschaft* 44 (1), 45–72.
- Haim, Daniel/Mader, Katharina/Schultheiß, Jana (2021): Beklatschte Systemrelevant. Eine feministische Perspektive auf die kritische Infrastruktur der Daseinsvorsorge. In: *Kurswechsel* 4/2021, 7–17.
- Leitner, Sebastian (2015): Drivers of wealth inequality in Euro area countries. In: *Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft* Nr. 137. [https://emedien.arbeiterkammer.at/viewer/!toc/AC12194016/10/LOG\\_0016/](https://emedien.arbeiterkammer.at/viewer/!toc/AC12194016/10/LOG_0016/), 1.12.2022.
- Mader, Katharina/Schneebaum, Alyssa/Skina-Tabue, Magdalena/Till-Tentschert, Ursula (2012): Intrahaushaltsverteilung von Ressourcen: Geschlechterspezifische Verteilung von Einkommen und Entscheidungsmacht. In: *Statistische Nachrichten* 12/2012, 983–994.
- Mader, Katharina/Schneebaum, Alyssa (2013): Zur geschlechtsspezifischen Intrahaushaltsverteilung von Entscheidungsmacht in Europa. In: *Wirtschaft und Gesellschaft* 39 (3), 361–403.
- Mader, Katharina (2015): Gender Budgeting in der österreichischen Bundesverfassung – Fortschritt oder Falle? In: *WSI Mitteilungen* 1/2015, 51–58.
- Mader, Katharina/Hollan, Katarina (2017): Die Gläserne Vermögensdecke. Zum Zusammenhang von Vermögen und Geschlecht. In: Dimmel, Nikolaus/Hofmann, Julia/ Schenk, Martin/Schürz, Martin (Hg.): *Handbuch Reichtum. Neue Erkenntnisse aus der Ungleichheitsforschung*. Innsbruck: Studienverlag, 231–241.
- Mader, Katharina/ Reiff, Charlotte (2021): Familienarbeitszeitmodell: Mehr Zeit für Väter, mehr Geld für Mütter. <https://awblog.at/familienarbeitszeitmodell/>, 1.12.2022.
- Marterbauer, Markus/Schürz, Martin (2022): *Angst und Angstmacherei*. Wien: Zsolnay Verlag.
- Meriküll, Jaanika/Kukk, Merike/Rööm, Tairi (2021): What explains the gender gap in wealth? Evidence from administrative data. In: *Review of Economics of the Household* 19, 501–547.
- Neelakantan Urvi /Chang, Yunhee (2010): Gender Differences in Wealth at Retirement. In: *American Economic Review: Papers and Proceedings* 100 (2), 362–367.

- Nelson, Julie (2014): Are women really more risk-averse than men? A re-analysis of the literature using expanded methods. In: *Journal of Economic Surveys* 29 (3), 566–585.
- Piketty, Thomas (2014): *Capital in the 21. Century*. Cambridge, MA: Harvard University Press.
- Piketty, Thomas (2020): *Kapital und Ideologie*. München: C.H. Beck Verlag.
- Ravazzini, Laura/Chesters, Jenny (2018). Inequality and wealth: comparing the gender wealth gap in Switzerland and Australia. In: *Feminist Economics* 24 (4), 83–107.
- Schneebaum, Alyssa/Hollan, Katarina/Mader, Katharina/Klopf, Patricia (2014): Vermögensunterschiede nach Geschlecht: Erste Ergebnisse für Österreich. In: *Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft* Nr. 129. <https://emedien.arbeiterkammer.at/viewer/ppnresolver?id=AC11723781,1.12.2022>.
- Schneebaum, Alyssa/Rehm, Miriam/Mader, Katharina/Hollan, Katarina (2018): The Gender Wealth Gap Across European Countries. In: *Review of Income and Wealth* 64 (2), 295–331.
- Schürz, Martin/Fessler, Pirmin (2013): Reich bleiben in Österreich. In: *Wirtschaft und Gesellschaft* 39 (3), 343–360.
- Sierminska, Eva M./Frick, Joachim R./Grabka, Markus M. (2010): Examining the gender wealth gap. In: *Oxford Economic Papers* 62 (4), 669–690.
- Rehm, Miriam/Schneebaum, Alyssa/Schuster, Barbara (2022): Intra-Couple Wealth Inequality: What's Socio-Demographics Got To Do With It? In: *European Journal of Population* 38, 681–720.
- Wolff, Edward N. (1998): Recent Trends in the Size Distribution of Household Wealth, *Journal of Economic Perspectives* 12 (3), 131–150.
- Yamokoski, Alexis/Keister, Lisa A. (2006): The Wealth of Single Women: Marital Status and Parenthood in the Asset Accumulation of Young Baby Boomers in the United States. In: *Feminist Economics* 12 (1-2), 167–194.